



Gesamtnote: Platz 1-2
gut (2,3)

Landesebene seit 1994

| | |
|---|------------|
| Themenausschluss | 3+ |
| Haushalt (finanzwirksame Initiativen generell zulässig), Abgaben, Besoldung, Steuern, Gebühren | |
| Antrag auf Volksbegehren | 3- |
| Unterschriften: 5.000 (1,0%) Frist: keine Keine parlamentarische Behandlung | |
| Volksbegehren | 2 |
| Unterschriften: 5%, Veränderungen 10%* Frist: 3 Monate Freie Sammlung und in öffentlichen Räumen | |
| Volksentscheid | 3- |
| Einfache Gesetze: 20%-Zustimmungsquorum Verfassung: 40%-Zustimmungsquorum | |
| Obligatorisches Referendum | 4 |
| Bedingt obligatorisch bei Privatisierungen (bei einfacher Mehrheit im Parlament) | |
| Fakultatives Referendum | A** |
| Sonderfall: Privatisierungen (bei 2/3-Mehrheit im Parlament, dann Unterschriften 5% und Frist 3 Monate) | |
| Weitere Elemente | 2+ |
| Konkurrenzvorlage, Abstimmungsbroschüre, erhöhter Bestandsschutz von Volksentscheiden, Beratung, Volkspetition („Bürgerantrag“) | |

Platz 2, befriedigend (2,7)

Website des Landesverbands:
bremen-nds.mehr-demokratie.de

Bremen

Im Zwei-Städte-Staat Bremen waren die Hürden lange Zeit sehr hoch. Mehrere Reformen seit 2009 verbesserten die Situation: Für einfache Gesetze sank das Unterschriftenquorum beim Volksbegehren auf 5 Prozent (für Verfassungsänderungen 10 Prozent) und das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid auf 20 Prozent (für Verfassungsänderungen 40 Prozent). Zudem fiel das strikte Finanztabu, das die Rechtsprechung in die Verfassung interpretiert hatte, und das Ausführungsgesetz wurde bürgerfreundlicher gestaltet. Für künftige Verkäufe öffentlichen Eigentums wurden zwei neue direktdemokratische Verfahren eingeführt: Ein bedingt obligatorisches Referendum sowie ein fakultatives Referendum. Damit schrieb Bremen ein Stück Verfassungsgeschichte.

Seit 2018 werden aufgrund einer Neuinterpretation der Regelungen die Unterschriften des Zulassungsantrages auf die Unterschriften der beim Volksbegehren zu sammelnden Unterschriften angerechnet. Eine rechtssichere Änderung der entsprechenden Gesetze ist für das zweite Halbjahr 2021 angekündigt.

Die Regelungen für die Kommunalebene wurden in den Städten Bremen und Bremerhaven ebenfalls erleichtert. Nun sind in Bremerhaven unter anderem mehr Themen zulässig, darunter die Bauleitplanung. Beide Städte werden inzwischen mit „gut“ bewertet.

Insgesamt erreicht Bremen in der Gesamtnote ein „gut“ (2,3) und befindet sich gemeinsam mit Bayern an der Spitze des Gesamtrankings. Dies bildet inzwischen auch die Praxis ab: Die Verfahren wurden seit 2018 vermehrt angewandt. Gleich vier Anläufe für landesweite Volksbegehren wurden gestartet. Und auch in der Stadt Bremen kam es 2018 zum allerersten Volksentscheid aufgrund eines Volksbegehrens.

Kommunalebene seit 1994 (Stadt Bremen)

| | |
|---|-----------|
| Themenausschluss | 2+ |
| Geringer Negativkatalog | |
| Bürgerbegehren | 2+ |
| Unterschriften: 5% Frist für Initiativbegehren: keine Frist für Korrekturbegehren: 3 Monate freie Sammlung und in öffentl. Räumen | |
| Bürgerentscheid (BE) | 3 |
| 20%-Zustimmungsquorum | |
| BE in Landkreisen | |
| entfällt | |
| Weitere Elemente | 2+ |
| Ratsreferendum, Abstimmungsbroschüre, Beratung, erhöhter Bestandsschutz von Bürgerentscheiden, Volkspetition („Einwohnerantrag“), obligatorisches bzw. fakultatives Referendum bei Privatisierungen | |

Teilnote Stadt Bremen: gut (1,8)

Kommunalebene seit 1994 (Stadt Bremerhaven)

| | |
|---|-----------|
| Themenausschluss | 2- |
| Erweiterter Negativkatalog, jedoch Bauleitplanung zugelassen | |
| Bürgerbegehren | 2+ |
| Unterschriften: 5% Frist für Initiativbegehren: keine Frist für Korrekturbegehren: 3 Monate Freie Sammlung | |
| Bürgerentscheid (BE) | 3- |
| 20%-Zustimmungsquorum | |
| BE in Landkreisen | |
| entfällt | |
| Weitere Elemente | 2+ |
| Ratsreferendum, Abstimmungsbroschüre, Volkspetition („Einwohnerantrag“), geringe Kostenerstattung bei Beratung, obligatorisches bzw. fakultatives Referendum bei Privatisierungen | |

Teilnote Stadt Bremerhaven: gut (2,1)

* leichte Aufwertung, da die Unterschriften des Antrags auf Volksbegehren seit 2018 angerechnet werden (siehe Text in der rechten Spalte)

** führt zu einer Aufwertung